

Aus Wüstencamps gegen Wolkenkratzer

(Der 11.9. und die Afghanistan-Einsätze)

Von: Ludger Volmer, Berlin, September 2007

(veröffentlicht: September 2011)

Meine Referentin reicht wortlos eine Notiz herein. Sie scheint etwas verstört. Die Tickermeldung sagt, in New York sei ein Flugzeug in einen Wolkenkratzer gestürzt. Es gäbe vermutlich Tote.

Im Auswärtigen Amt sitze ich mit einem amerikanischen Journalisten beim Kaffee und erläutere die deutsche Außenpolitik. Ein Korrespondent ausgerechnet des Wall Street Journals. Ich zeige ihm die Notiz, er bleibt völlig ungerührt. Wir reden weiter. Die nächste Meldung wird hereingereicht: ein großer Jet ist in das World Trade Center geflogen, es sind Hunderte von Toten zu befürchten. Welthandelszentrum? Ein Jet? Wie kann ein Jet da hinein fliegen? Ein Absturz? Zufällig? Von der „Top of the World“-Plattform habe ich selbst einige Male über New York geschaut und kann nicht an einen Unfall glauben. Wir brechen das Gespräch ab. Der Journalist will seine Zentrale anrufen, die nur wenige Blocks vom Katastrophenort entfernt liegt.

Ich schalte den Fernseher ein. Tatsächlich, Rauch aus einem der beiden Türme. Plötzlich kommt etwas angefliegen. Der zweite Jet. Er rast in den anderen Turm. Ein Unfall ist auszuschließen. Das ist kein böser Fiction-Film, das ist Realität. Das ist ein Terroranschlag!

Die Routinen in der AA-Chefetage werden abrupt unterbrochen, Minister und Staatssekretäre nach Berlin zurückgerufen. Eine Krisensitzung ist für den Abend anberaumt. Wir beobachten die Nachrichtenlage. Die Katastrophe nimmt immer größere Ausmaße an. Tausende unschuldiger Menschen müssen ihr zum Opfer fallen. Plötzlich stürzt der erste Turm in sich zusammen, dann der zweite. Uns ist klar, dieses Ereignis wird die Welt dramatisch verändern. Die unverwundbar scheinenden USA sind angegriffen worden.

Wer war das? Wie konnte das passieren? Wann und wie werden die Amerikaner reagieren? Gibt es weitere Angriffe? Das Pentagon in Washington sei angegriffen worden, erfahren wir, eine weitere Maschine sei abgestürzt. Sind noch mehr Maschinen unterwegs? Hat die amerikanische Luftwaffe einige vom Himmel geholt? Ein Abgrund tut sich auf.

Erste Erklärungen des amerikanischen Präsidenten. Unsere politische Reserviertheit gegenüber George W. Bush spielt in diesem Moment keine Rolle. Er und das amerikanische Volk haben unsere Solidarität und unser Mitgefühl. Der Präsident gibt eine kluge Erklärung ab, mahnt zur Ruhe. Die ersten Drahtberichte unserer Botschaft in Washington gehen ein in Berlin. Aber dort wissen sie auch nicht mehr, als wir der Life-Reportage bei CNN entnehmen.

Sofort jagen wilde Gerüchte um die Welt. So mancher wirkliche und vermeintliche Experte versucht eine Deutung. In Fernseh- und Radiointerviews verdichtet sich die These, „das waren Palästinensische Terrorgruppen“. Im Auswärtigen Amt war uns klar, dass es nicht gewesen sein können. Diese Anschläge tragen nicht ihre Handschrift, sind einige Nummern zu groß. Hier muss eine Kraft dahinter stecken, die über enorme logistische Fähigkeiten verfügt, über viel Finanzkraft und die konspirativ mindestens zwanzig Leute hatte zum Einsatz bringen können. Am nächsten Morgen traute ich mir in einem Radiointerview die erste Vermutung zu. Der Anschlag trüge die Handschrift von Bin Laden und der Al Qaida. Im Laufe der Tage bestätigte sich diese erste Einschätzung. In der deutschen Diskussion war diese Gruppe eine kaum bekannte Größe. Die USA hatten sie seit langem auf dem Bildschirm. Wir wussten dies und hatten uns gewundert, dass Washington nicht längst die Offensive ergriffen hatte.

Die Miene von Außenminister Fischer war düster. Unter dem Eindruck der Gewalt der Ereignisse neigte er zur pessimistischsten aller Annahmen: „Der erste Huntington-Krieg.“ War

dies nun der „clash of civilizations“, der Kampf der Kulturen, der Krieg der Welten, den der amerikanische Soziologe Samuel Huntington¹ vorhergesagt hatte? Denn wenn die Amerikaner nun mit aller Härte zurückschlugen, was passierte dann im Nahen Osten, war die Eskalation kontrollierbar, könnte Israel diese Zuspitzung überleben? Fischer war zutiefst erschüttert. Gerade Israel war ihm immer wichtiger, als es die besondere deutsche Verantwortung für den jüdischen Staat ohnehin verlangte. Ich wandte vorsichtig ein, es sei noch nicht der Kampf der Kulturen, jemand wolle ihn provozieren, unsere Aufgabe sei es, ihn zu verhindern: wir erleben nicht den Angriff der arabisch-islamischen Welt auf die christlich-jüdische. Hier ist ein verbrecherisches Subjekt angetreten, gegen uns, aber auch gegen Araber, gegen den Islam und alle anderen Zivilisationen. Das Subjekt ist präzise zu beschreiben, erfordert gezielte Gegenstrategien. In diesen Minuten am Abend von 9/11 wurde die deutsche Strategie umrissen, unser Paradigma des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus: Die arabisch-islamische Welt ist nicht Feind, sondern muss als Verbündete gewonnen werden.

Wir wussten, wie sehr es in den nächsten Stunden und Tagen darauf ankam, diese Deutung der Ereignisse öffentlich durchzusetzen, zum politischen Allgemeingut zu machen. Nicht auszudenken, was geschehen würde, wenn sich die Kulturkriegstheorie breitmachte. Wir haben Millionen muslimische Zuwanderer unter uns. Für manchen Dummkopf bot sich ein willkommener Anlass zum Zündeln. Zudem wimmelte es von Wichtigtuern, die mit Mutmaßungen und Verschwörungstheorien die reichlich dargebotenen Kameras und Mikrophone bedienten. Doch die Bundesregierung gewann die Deutungshoheit. Die Diskussion um Ursachen und Konsequenzen begann sich in die richtige Richtung zu bewegen.

Diese Botschaft vermittelte auch der Bundeskanzler nach Washington, bekannte sich und Deutschland zur „uneingeschränkten Solidarität“. Der Regierung war völlig klar, was er damit meinte. In der Stunde der Not heißt es zusammenstehen,

heißt es, sich gegenseitig emotionalen Halt zu geben. Es ist nicht die Zeit für Differenzen und Differenzierungen. In der Stunde der Not steht Deutschland zu den USA, wie diese in früheren Nöten zu uns gestanden haben. Hier war unmissverständliche Klarheit gefordert. Ich empfand es als geradezu schäbig, wie haarspalterisch Schröders „uneingeschränktes“ Bekenntnis später seziert wurde – insbesondere in Kreisen, die gern halblaut darüber räsonierten, ob „die Amis“ sich die Entwicklungen nicht selber zuzuschreiben hätten. Für genauso unakzeptabel aber hielt ich den Versuch der Opposition, aus dem Adjektiv die Verpflichtung der Bundesregierung herzuleiten, in der Folge jede amerikanische Maßnahme mit zu tragen. Ich empfand es als schändlich, wie diese Erz-Katastrophe der Zivilisationen zur Demonstration geschmäcklerischer und taktischer Kleinkariertheiten erhalten musste.

Es war absehbar, dass die Amerikaner nach einer Phase des Abwartens gezielte Maßnahmen ergreifen würden. Wahrscheinlich militärische. Es konnte keinen Zweifel geben, dass unsere Solidarität auch praktisch gefragt war. Die Anschläge auf New York und Washington waren ein aus dem Ausland vorgetragener bewaffneter Angriff auf die USA, ein kriegerischer Akt im Sinne des Völkerrechts. In seinen Resolutionen 1368 und 1373 am 12. September traf der UNO-Sicherheitsrat umgehend die entsprechende Feststellung und wies zudem auf das Recht zur Selbstverteidigung hin.² Die USA kündigten an, dass sie dieses Recht nach Artikel 51 der UN-Charta in Anspruch nähmen. Eine ausdrückliche Ermächtigung durch den Sicherheitsrat zum Einsatz militärischer Mittel war in diesem Fall überflüssig. Mit den USA war das gesamte NATO-Bündnis angegriffen. Der NATO-Partner Deutschland stand mit in der Pflicht. Zum ersten Mal seit dem Bestehen der NATO trat – auf Wunsch der USA - der Artikel 5, der Verteidigungsfall, in Kraft.

Fast grotesk verlief angesichts der Dramatik der Ereignisse manche Diskussion bei der Parteilinken der Grünen und einigen Gruppen, die den Namen Friedensbewegung vor sich her trugen. Viele Freunde der gemäßigten Linken wie Jürgen Trittin,

Angelika Beer, Christian Sterzing, Winni Nachtwei sahen die Dinge ähnlich wie ich. Aber es gab auch andere. Sie wollten nicht wahrhaben, was geschehen war. Um das eigene Weltbild zu retten, wurde die Wirklichkeit retuschiert. Nicht ein bewaffneter Angriff von Außen sei es gewesen, sondern ein beliebiger Terroranschlag, wie er immer wieder vorkomme. Letztlich hätten die Attentäter doch nur Messer als Waffe benutzt. Und überhaupt, wer könne garantieren, dass es sich bei der ganzen Geschichte nicht um ein Komplott der CIA handle? Die absonderlichsten Verschwörungstheorien kursierten. Wenn man zum Kosovokrieg noch geteilter Meinung sein, das schwer vermeidliche für sich persönlich ablehnen konnte – in diesem Fall führte politische Sturheit zu einer Verdrängungsleistung, die einem Realitätsverlust nahe kam. Viele von denen, die sich in Fantasereien flüchteten, waren alte Freunde und Weggefährten. Wer sich nun der Realität stellte, galt ihnen nicht mehr als „links“. Der Begriff desavouierte sich selbst und durch Leute, die sich fortan als seine Interpreten aufspielten. Die Linke, lange meine politische Heimat, wurde zum Vexierbild. Wenn man den Blick stur auf die weiße Fläche richtet, sieht man ein lächelndes Gesicht. Wenn man die Perspektive wechselt und die schwarze Fläche fixiert, eine grinsende Fratze. Mir wurde schwarz vor Augen.

Für uns, die wir aus der Friedensbewegung stammten, war die Situation gewiss nicht leicht. Wir waren Ende der 70er Jahre angetreten, um den Ost-West-Konflikt überwinden zu helfen und wähten uns in den Wendejahren 1989/90 fast am Ziel. Mancher träumte schon davon, dass die Menschheit nun kooperativ die gemeinsamen Probleme anpacken könne. Kants „ewiger Friede“ schien nah. Rot-Grün sollte ab 1998 die Außenpolitik zivilisieren, auf der Basis eines erweiterten Sicherheitsbegriffs Sicherheit mit nicht-militärischen Mitteln schaffen. Dann hatte uns die Kosovokrise Entscheidungen abverlangt, die weit über das hinausgingen, was wir uns in den Oppositionsjahren an Zumutungen hatten vorstellen können. Doch jetzt potenzierte sich unser Problem, jetzt ging es nicht mehr um einen regional eingegrenzten Konflikt. Jetzt ging es um ein Phä-

nomen, das den Globus umfasste. Um eine neue Epoche. Der internationale Terrorismus, lange eine theoretische Größe unter Sicherheitspolitikern, hatte reale Gestalt angenommen, und er würde sich, wie die Globalisierung, nicht eingrenzen lassen. Die alte Friedensbewegung war stark gewesen, weil sie sich den Realitäten gestellt hatte. Sie durfte ihren pazifistischen Geist jetzt nicht dadurch zu retten versuchen, dass sie Realitäten verdrängte. Auch wenn die Konsequenz darin bestand, in genau definiertem Maße und unter dem Primat politisch-ziviler Strategien militärische Maßnahmen mit zu tragen. Rote und Grüne waren sich schnell einig, dass der Terrorismus nicht mit Waffengewalt allein und auch nicht in erster Linie zu bekämpfen sei. Doch mancher aus dem linken Spektrum zog sich hinter diese Formel zurück, um über militärische Mittel überhaupt nicht nachdenken zu müssen.

Im Laufe der nächsten Tage wurde deutlich, dass Bin Laden und Al Qaida von den Taliban beherbergt wurden, die vor Jahren die Macht in Afghanistan an sich gerissen hatten und seitdem die Bevölkerung tyrannisierten. Jeder erinnerte sich daran, wie die Taliban durch die Zerstörung der Buddhastatuen vor den Augen der Welt ihre Verblendung unter Beweis gestellt hatten. Die Taliban hatten de facto die Staatsmacht in Afghanistan inne, und von afghanischem Boden war die Planung des Terrors ausgegangen. Die USA stellten der Taliban-Regierung das Ultimatum, Täter und Drahtzieher auszuliefern, gaben ihr die Möglichkeit, sich als Staat von der Tat zu distanzieren, den Tätern die Beherbergung zu entziehen. Vergeblich. Völkerrechtlich war damit klar, der Staat Afghanistan hatte die USA angegriffen. Die USA hatten jedes Recht, sich gegen einen erneuten Angriff durch die Zerschlagung der Infrastruktur des Terrors in Afghanistan zu wehren. Ob die folgenden Maßnahmen effektiv, ob sie klug waren, ist eine andere Frage.

Nach Lage der Dinge waren Militäraktionen der USA zu erwarten. Die UNO hatte die militärische Bekämpfung des Terrornetzwerkes in Afghanistan, die „Operation Enduring Freedom“, gut geheißen. Der Außenminister und ich berieten, wie ein

deutscher Beitrag aussehen könne. Fischer erläuterte den Stand seiner Gespräche mit Verteidigungsminister Scharping. Die Hardthöhe hatte ein ganzes Arsenal an Ideen aufgefahren, die nun in der Regierung bewertet wurden. Was mussten wir uns abverlangen, um unseren Solidaritätsanspruch zu erfüllen? Was musste Deutschland mindestens tun, damit die USA seinen Beitrag anerkannten? Wie viel konnte die Regierung der deutschen Bevölkerung zumuten? Wie viel die Koalition der rot-grünen Anhängerschaft, ohne dass das Regierungsbündnis platzte? Immerhin handelte es sich auch um den ersten Kampfeinsatz der Bundeswehr außerhalb Europas und des Bündnisgebietes. Wir gingen die Möglichkeiten durch, suchten die Linie zwischen Bündnissolidarität und Stimmung an der Basis.

Das Kabinett verabschiedete diese Linie und legte sie dem Bundestag zur Bestätigung vor. Kernpunkte: keine Beteiligung an Luftangriffen und Interventionstruppen auf dem Boden, außer einigen Spezialkräften zum Aufspüren von Tätergruppen. Rückraumsicherung im indischen Ozean durch Marineeinheiten. Stationierung von Hospital-Flugzeugen in der Golfregion. Dort auch Aufstellung von Fuchs-ABC-Spürpanzern. Letztere hatten keine sinnvolle Funktion, außer der, den deutschen Beitrag umfangreicher erscheinen zu lassen.

Der Einsatz war – außer für die KSK - weit weg vom Schuss, wenn auch alles andere als ungefährlich. Wenn den Amerikanern dieser Beitrag ausreichend und willkommen war, dann konnten wir von Glück reden. Immerhin war es der erste NATO-Verteidigungsfall. Wir hätten auch mit Solidaritätsforderungen konfrontiert sein können, die viel Schmerz in deutsche Familien getragen hätten. Aber die amerikanische Philosophie „Nur wer mitmacht, darf mitbestimmen“, die wir im Kosovo-Konflikt hatten erleben können, hatte auch ihre Umkehrung. Die USA ließen sich nicht gern in die Strategie hinein reden und verzichteten lieber auf allzu kooperationswillige Partner.

In der Regierung hatten wir das Gefühl, halbwegs glimpflich davon zu kommen. Schließlich hatten wir betont, der Angriff auf

die USA sei auch einer auf uns gewesen. Dennoch, in Partei und Öffentlichkeit brachen wieder wütende Diskussionen aus. Panzer am Golf! Das könne doch nur der Vorbereitung einer Invasion im Irak dienen. Schnell war für linke Berufsoptionelle die Rolle wieder klar. Nicht eine Minute hatten sie darüber nachgedacht, mit welchen Mitteln die Terrorstrukturen zu zerschlagen seien. Ob nicht einige militärische Aktionen nötig und zweckmäßig sein könnten. Man duckte sich weg, saß ein paar Wochen aus, drückte sich vor der Verantwortung. Sobald nun aber der erste Schritt der Bundesregierung nicht auf den ersten Blick verständlich war und amerikanische Bomben erneut die Falschen trafen, wurde man wieder munter. Man konnte sich wieder in die Lieblingspose werfen, Widerstand leisten zu müssen. Nicht die Massenmörder Bin Ladens zogen den Zorn auf sich, sondern die Angegriffenen, die bei der Organisation der Gegenwehr Fehler begingen. Das Weltbild stimmte wieder.

Programme schreiben und in die Realität umsetzen, sind zwei verschiedene Dinge. Diese Erkenntnis klingt nach tieferer Einsicht in die Politik und nach wohlwollendem Verständnis für Politiker, die sich redlich bemühen, aber an den Realitäten die Zähne ausbeißen. Nur: darum ging es bei der Strategiebildung gegen den internationalen Terrorismus nicht. Hier ging es nicht um das Verhältnis von bestehenden Programmen und Realisierbarkeit. Hier ging es um eine neue Realität, die Erfordernis neuer Programme, zumindest die Überprüfung der alten Positionen auf Realitätstauglichkeit. Doch viele Freunde wollten in der neuen Realität gar nicht ankommen. Sie blieben im virtuellen Raum von Programmen und Theorien. Das Rezitieren erlernter Parolen wurde gleichgesetzt mit Politik machen. Während andere die Verantwortung übernahmen, zwischen Entscheidungsalternativen wählen zu müssen, die mit der existierenden Parteiposition kaum zu vereinbaren waren. Doch andere Alternativen waren real nicht im Angebot. Militärische Aktionen mittragen oder nicht – das war auch eine Gewissensfrage. Für uns Friedensbewegte hieß Gewissensentscheidung bisher, den Kriegsdienst zu verweigern. Aber das Gewissen kann auch sagen, jetzt ist es Zeit auch für dosierte militärische Maßnah-

men. So jedenfalls ging es manch einem anerkannten Kriegsdienstverweigerer.

„Mit Terroristen wird nicht verhandelt“, so lautete ein politischer Konsens. Der Terrorismus von Al Qaida war so vermessen, dass keine Verhandlungsbasis denkbar schien. Doch was ist „Terrorismus“ eigentlich? Ob in der UNO oder der EU – der Begriff bleibt strittig, wird zu oft missbraucht, um Gegner abzustempeln. Es scheint angebracht, zwischen Zielen und Methoden zu unterscheiden. Terrorismus ist eine Methode der Kriegsführung, die darauf zielt, mit geringem Mitteleinsatz durch unvorhersehbare, möglichst brutale Anschläge möglichst viele Zivilisten zu töten, um ein Klima von Angst und Schecken zu verbreiten. Dabei werden völkerrechtliche Normen des „Rechtes zum Krieg“ und des „Rechtes im Krieg“, die humanitären Grenzsetzungen in der Landkriegsordnung, bewusst und systematisch negiert.

Eingesetzt werden Terrormethoden von Kräften, die zu einer „symmetrischen Kriegsführung“ nicht in der Lage sind. Wenn der Gegner im offenen Kampf zu stark ist, wird dessen Stärke unterlaufen. Die Guerillataktik ist ein Beispiel für asymmetrische Kriegsführung, ebenso wie der Partisanenkampf. Zumindest letzterer steht nicht unter dem Schutz der Kriegsordnung. Bei Guerillas wird unterschieden, ob es sich um eine reguläre Armee, um Befreiungsbewegungen, um Aufständische oder um Verbrechergruppen handelt. Während aber Partisanen und Guerilla in erster Linie auf die militärischen und infrastrukturellen Kapazitäten der Gegenseite zielen, strebt der Terrorismus größtmögliche Opfer unter der Zivilbevölkerung an. Partisanen- und Guerillaführer sind nach erfolgreichem Kampf oft zu anerkannten Staatschefs geworden, ihre Kampfgruppen haben sich in politische Parteien verwandelt. Mancher ehemalige Partisan, von seinen Gegnern als „Terrorist“ gebrandmarkt, fand später internationale Anerkennung, bekam sogar den Friedensnobelpreis.³

Was also unterscheidet den Al Qaida-Terrorismus von den anderen asymmetrischen Strategien? Es ist dessen Verneinung des Lebens an sich. Auch für andere ist das Leben nicht der absolut höchste Wert, nicht einmal das eigene. Man opfert das eigene für Vaterland, Menschenrechte, Ehre oder Geld. Aber es hat einen Wert, ist Gegenstand einer Wertentscheidung und somit – wie zynisch auch immer - einer Verhandlung zugänglich. Für Bin Ladens Djihadisten besitzt Leben hingegen überhaupt keinen Wert. Dies ergibt sich aus dem Ziel des Kampfes. Ziel ist die Verwirklichung fundamentalistisch-religiöser Ideen von einem Gottesstaat. Alle persönlichen Hoffnungen erfüllen sich in dieser totalitären Ideologie erst im Jenseits. Der Tod wird zur Voraussetzung des Glücks. Nach dem Selbstmordattentat wird der junge Mann, dessen Sexualität zu Lebzeiten religiös unterdrückt wird, von schönen Jungfrauen empfangen. Mord und Selbstmord werden so zu einem vor-erotischen Akt. Es dürfte diese Haltung zum Leben sein, die die Zivilisationen, nicht nur die westliche, sagen lässt, dass es keine Geschäftsgrundlage für Verhandlungen geben kann. Dem Leben, zumindest dem eigenen, einen gewissen Wert beizumessen, ist bei allen Feindseligkeiten und Brutalitäten gemeinsame menschliche Basis. Das ist der Grundgedanke jeder Abschreckungspolitik. Die Al Qaida-Djihadisten verlassen diesen Grundkonsens menschlicher Existenz. Nur vor diesem Hintergrund war es möglich und richtig zu sagen, Al Qaida ist nicht nur Feind der USA, nicht nur Feind des Westens, nicht nur Feind von Aufklärung und Demokratie, sondern Feind jeglicher Zivilisation.

Wir Deutschen haben aus dem Zweiten Weltkrieg gelernt, nicht mehr töten, nicht mehr sterben zu wollen. Zivilisierung der Außenpolitik ist – bei allem Disput im Detail – gesellschaftlicher Mainstream geworden. Deutschland ist nicht mehr kriegsführungsfähig, aus mentalen Gründen. Der „mind set“, das Geflecht von Werten und inneren Einstellungen, steht dagegen. Wir wollen nicht sterben, und wir wollen nicht töten. Das weiß der militante Djihad. Er interpretiert das Bekenntnis des Westens zum Leben als dessen Schwäche, die er gnadenlos auszunutzen sucht. Die zivilisatorischen Lehren aus den europäi-

schen Kriegskatastrophen stehen dem djihadistischen Denken diametral entgegen.

Für die Grünen, angetreten als ‚Partei des Lebens‘, war es ein schwieriger Lernprozess einzusehen, dass es nicht nur falsche Feindbilder gibt, sondern richtige Feinde, Todfeinde. Nicht jeder machte diesen Schritt mit. So mancher Schlaumeier rechnete, wie unwahrscheinlich es sei, von einem Terroranschlag getroffen zu werden. So groß sei das Problem doch gar nicht! Die Verdrängung nahm absonderliche Züge an. Wegen ihres schrillen Widerspruchs zum Mainstream waren solche Haltungen medial sehr gefragt, die Wortführer wurden zu angeblichen Leitfiguren der Linken aufgeblasen. Die meisten prominenten Linken allerdings unterstützten die Linie von Fischer und mir, zogen am selben Strang. Dennoch, es bedurfte unzähliger Veranstaltungen, vieler nervtötender Diskussionen in der Partei, um die neue Realität und die neue politische Linie klar zu bekommen.

Das Hauptproblem war jedoch nicht die Befindlichkeit einer deutschen Kleinpartei. Entscheidend war, auf welche Strategie sich die internationale Gemeinschaft, die Sicherheitspolitiker in Staat und Gesellschaft verständigen würden. Nach den Wochen, in denen die Solidarität mit den USA im Vordergrund gestanden hatte, traten die ersten wahrnehmbaren Differenzen auf. Viele Amerikaner lasteten den Terror nicht einer verirrten Gruppe verblendeter Fanatiker an, sondern glaubten, ihn im Wesen des Islam und Boshaftigkeiten der arabischen Lebenswelt entdecken zu können. Das ließ Böses ahnen. Das roch nach Eskalation. Hatten dort etwa einige vor, nach Afghanistan auch noch andere Ziele ins Visier zu nehmen? Würde es gegen den Irak gehen? Gegen den Iran? Gegen Syrien? Gegen...

Die Europäer waren sich einig, nicht militärische Eskalationen seien die Lösung. Die Erfolge der Amerikaner in Afghanistan waren begrenzt. Zudem forderten Flächenbombardierungen mit Cluster- und Aerosol-Bomben erhebliche Opfer unter der Zivilbevölkerung, ein Umstand, der nicht nur ethische Fragen nach der

Wahl der Mittel aufwarf, sondern auch die nach dem politischen Resultat. Die amerikanische Verteidigungsstrategie begann sich in Widersprüchen zu verwickeln. Man zerbombte nicht nur die Macht der Taliban, sondern auch die Sympathien der Zivilbevölkerung für den angeblichen Befreier. So sank auch in Europa die öffentliche Zustimmung für den amerikanischen Kurs. Gegen Netzwerke seien polizeiliche und geheimdienstliche Methoden, Wirtschafts- und Finanzsanktionen effektiver, lautete hier die Konsequenz. Vor allem aber sollte eine Ausweitung des Dialogs der Kulturen ein Bündnis von Westen und arabisch-islamischer Welt schmieden und den Terroristen die Rekrutierungsbasis entziehen.

Als hätten wir geahnt, dass es darauf einmal ankommen könnte, hatten Günther Verheugen und ich den „Dialog der Kulturen“ als eigenständiges Kapitel rot-grüner Außenpolitik 1998 in das Koalitionsprogramm geschrieben. Viele meinten damals, das sei die übliche nichts sagende Verbeugung vor der Kulturpolitik, die Standardreferenz für die Kulturszene. Nun war der Dialog strategisches Element einer globalen Sicherheitspolitik geworden. Auf höchster Ebene hatte Bundespräsident Roman Herzog zwischenzeitlich im Briefwechsel mit dem Iranischen Präsidenten Chatami den Kulturdialog zwischen der christlichen und der islamischen Welt zur Selbstverpflichtung erklärt. Bundespräsident Johannes Rau nahm diesen Faden später auf. In der Wissenschaft rückten alle die Orientalisten in den Vordergrund, die auf Verständigung setzten, statt uns zu erklären, was die Araber Schlimmes anstellen könnten. Auch die Araber und Muslime in Deutschland spürten, dass nun klare Bekenntnisse gefordert waren. In ihrer großen Mehrheit ließen sie keinen Zweifel an ihrer Abscheu für den Terrorismus. Allerdings mussten sie sich die Mahnung anhören, dass ihre Imame in den Gemeinden aktiver dagegen anpredigen sollten.

Man konnte, man musste den Amerikanern die Wahl ihrer militärischen Mittel kritisch vorhalten. Guantanamo vor allem. Das war ein glatter Bruch des Völkerrechts. Doch vielen war diese Kritik der Methoden ein willkommener Anlass, sich von der ge-

samten Aktion zu distanzieren. Ohne zu sagen, was stattdessen hätte stattfinden sollen. Wie hätte man die Taliban von der Macht verdrängen können, so schnell, dass Al Qaida keine weiteren Anschläge mehr organisieren konnte? Man kann eine Intervention nach den Kriterien Legalität, Legitimität und Effektivität beurteilen. Legal im Sinne des Völkerrechts war der Angriff auf Afghanistan, verfassungsrechtlich legal auch die deutsche Beteiligung. Legitim war der Versuch, weitere Terrorangriffe zu verhindern, ohne Zweifel. Er gewann weitere Legitimation durch den erklärten Willen, mit der Vertreibung der Taliban die Entwicklungschancen des afghanischen Volkes, insbesondere der Frauen zu verbessern und sich am Wiederaufbau nach Kräften zu beteiligen. Er büßte an Legitimation ein durch die Wahl umstrittener Waffen, entsetzlicher Kollateralschäden und Guantanamo.

Wie stand es um die Effektivität? Camps von Al Qaida auf afghanischem Boden wurden zerschlagen. Aber das Netzwerk war längst über Afghanistan hinaus gewuchert, wurde sichtlich aus pakistanischen Regionen unterstützt. Es hatte zahlreiche autonome Zellen gebildet, sich in kranke Hirne als Wahnidée hineingefressen. Man kann also über die Effektivität durchaus diskutieren. Man kann aber eins nicht tun: kann nicht vom Mangel an Effektivität zurück schließen auf mangelnde Legalität oder Legitimität. Genau dieser Fehler war bei vielen Grünen und Friedensgruppen beliebt. So konnte man sich wieder in Opposition zu den USA und zum Kriegsgeschehen manövrieren, konnte abstrahieren von den Ursachen des Krieges, ja, konnte den 11.9. in der Vergangenheit versinken lassen. Guantanamo verstärkte die Fehlsichtigkeit.

Guantanamo! Der amerikanische Stützpunkt auf Kuba, vorher nur den Kubanern ein Dorn im Auge, wurde zum Inbegriff amerikanischer Hybris und Willkür, zum Symbol amerikanischer Unfähigkeit, die psychologischen Folgen des eigenen Handelns abzuschätzen. Wenn es eine weltweite Allianz im Kampf gegen den Terror gegeben hatte, Guantanamo – und später der Irak-Krieg - zersetzten sie. Es ist nicht nur Fehlsichtigkeit, wenn die

Augen der Welt sich auf Guantanamo und nicht Ground Zero richteten. Die USA handelten hier außerhalb jeder Rechtsnorm. Denn Gefangene sind entweder Kriegsgefangene und müssen nach den völkerrechtlichen Regeln der Genfer Konvention behandelt werden. Schwere Bestrafungen sind durchaus eingeschlossen, wenn Kriegsverbrechen nachgewiesen werden. Nachgewiesen, nicht nur unterstellt. Dazu zählen auch gezielte Angriffe auf Zivilisten. Oder aber Gefangene gelten von vornherein als Verbrecher; dann müssen sie der Strafjustiz zugeführt werden. Die Lager dürften nur zeitlich befristete Untersuchungsgefängnisse sein. Selbst wenn man argumentiert, der Terrorismus negiere seinerseits jegliches Recht, auch das Völkerrecht, und habe jede Berufung darauf verwirkt, wäre es Aufgabe der Siegermacht, diesen Umstand als Regelungslücke des Völkerrechts zu identifizieren und eine entsprechende Rechtssetzung durch UNO-Gremien herbeizuführen.

Die amerikanische Selbstherrlichkeit hat fatale Folgen: sie gibt den Kritikern der USA in der arabisch-islamischen Welt völlig unnötig einen schlagendes Beispiel für „double standards“, das ihren Kampf für Demokratie so ineffektiv und unglaubwürdig macht. Und nimmt den „Westen“ in Mithaftung. Doch bei aller Kritik gilt auch hier: Die Illegalität der Lager von Guantanamo ist kein Beweis für eine Unrechtmäßigkeit der militärischen Intervention an sich. Sie beweist aber, dass die USA, die das „Recht zum Krieg“ als Verteidigungsmaßnahme völkerrechtlich legitimiert, beim „Recht im Krieg“ die eigenen Normen verletzen. Und die Solidarität ihrer Verbündeten bis auf Äußerste strapazieren.

Die Bundesregierung beließ es nicht bei Beteuerungen, den militärischen Beitrag in ein politisches Konzept zur Lösung der Afghanistan-Krise einzubinden. Auf ihre Initiative hin versammelten sich die Wortführer des geschundenen Landes auf dem Petersberg bei Bonn, um Pläne für eine Zukunft als Nation zu entwerfen. Eine ‚Loya Jirga‘, die große Versammlung der Stammesführer, sollte den Prozess politisch einleiten. Petersberg

sollte den Auftakt bilden, um das Schicksal des Landes in die Hände seiner Bewohner zurückzugeben.

Heute wissen wir, dass viele Hoffnungen auf Demokratie Illusion bleiben mussten. Ein pragmatisches Arrangement zwischen Stammesfürsten und Warlords bedeutet noch nicht den Aufbruch zu Demokratie westlichen Musters. Doch damals ging es darum, die Versprechungen, die zur Legitimierung der Militäraktion gemacht wurden, einzulösen. Im Blick war nicht nur die Lage in Afghanistan selbst, sondern die Stimmung in Deutschland, besonders bei rot-grün. „Jahrzehnte haben wir das Land vernachlässigt. Jetzt investieren wir alles in eine mustergültige Entwicklung“, so lautete die vorherrschende Emphase.

Man suchte sich an Gutwilligkeit zu übertreffen. Der Menschenrechtsausschuss des Bundestages erarbeitete unter Leitung von Christa Nickels ein umfassendes Detail versessenes Entwicklungsprogramm. Doch wir Sicherheitspolitiker bekamen immer größere Zweifel am Erfolg der Mühen. „Wir können froh sein, wenn wir heil wieder heraus kommen und das Land als halbwegs friedliche Despotie weiterfunktioniert“, wandte ich ein. So versuchten wir, die überzogenen Erwartungen zu dämpfen. Aber, als hätten nicht von M.M.Kayes „Palast der Winde“ bis zu Ken Follets „Die Löwen“ seit 20 Jahren alle möglichen Romane⁴ das Scheitern der Westler am Hindukusch geschildert, glaubten manche, mit Militär, Geld und gutem Willen das Land in den Griff zu bekommen. Gewiss, auch aus sicherheitspolitischer Sicht konnte man es nicht einfach sich selbst überlassen. Und die Amerikaner wollten einen stärkeren militärischen Beitrag Deutschlands. Wir aber wollten möglichst wenige deutsche Soldaten in den gefährlichen OEF-Einsatz senden. Eine Sicherungskomponente für den Wiederaufbau schien der Ausweg zu sein. Deshalb war der deutsche Beitrag zur Stabilisierungsmision der UNO, ISAF, weniger umstritten als die Teilnahme bei der Nato-Operation Enduring Freedom.

Aber nach einigen Anfangserfolgen drückten sich die traditionellen Probleme des Landes wieder durch. Demokratie findet in einer stark bewachten Enklave namens Kabul statt. Im Lande herrschen die Regionalfürsten und Warlords wie seit Anbeginn der Zeiten, ihre Wirtschaft gründet auf dem Drogenanbau, für den es keine ähnlich lukrativen Alternativen gibt, und im Südosten, an der Grenze zu Pakistan, halten sich die Sympathisanten der Taliban. Die westliche Doppelstrategie von Terrorbekämpfung und Entwicklung änderte nichts daran, im Gegenteil.

Zum Kampf gegen den Terror, d.h. zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols in den Händen Kabuls, wurden eben jene Warlords als Verbündete rekrutiert, die man schon gegen die Sowjetunion stützte, korrupte, mafiöse Regionalfürsten, die jede demokratische Entwicklung unterlaufen. Ihnen und ihrer Drogenökonomie fließen Hilfgelder zu, von der Zentralregierung, um Loyalität zu erkaufen, von NGOs, um Bewegungsfreiheit zu erhalten, von Internationalen Organisationen, um die Regionale Rekonstruktion zu bewerkstelligen. Die Strategie des „State Building“ unterläut sich selbst.

Und die alternative Strategie des „Nation Building“, der Entwicklung einer nationalen Identität von unten, dementiert sich auch selber: die Paschtunen, bei denen das Gewehr zum männlichen Outfit gehört wie bei uns die Krawatte, werden mit Bomben belegt. Eben jenes Volk, das seit der willkürlichen kolonialen Grenzziehung zwischen Britisch Indien und Afghanistan in zwei Staaten lebt und wegen seiner permanenten Entwicklungs- und Identitätskrisen zur Brutstätte der Taliban wurde. Ob so Staat oder Nation geschaffen werden können, ist mehr als fraglich. Eher ist zu befürchten, dass der Westen die Probleme Afghanistans nicht löst, sondern völlig in sie hineingesaugt wird. Zudem wird nicht ganz zu Unrecht die Frage gestellt, ob die Militäraktion, die als unmittelbare Antwort auf die Terroranschläge vom 11.9. legal war, Jahre später und mit veränderter Zielsetzung nicht eine neue völkerrechtliche Absicherung bräuchte.

Warum soll ausgerechnet jetzt in Afghanistan gelingen, was seit Jahrhunderten scheitert? Nur weil unser Verständnis von Globalisierung keinen Raum lässt für archaische Gesellschaften? Das ist kein Plädoyer gegen mehr humanitäre Hilfe und Entwicklung. Aber der Versuch einer Einordnung. Der Ausgangspunkt war der 11.9.. Entwicklungsstrategien waren als Flankierung der Sicherheitspolitik gedacht, als Legitimation der Militäraktionen, gegenüber der armen Landbevölkerung dort und der Pazifisten hier. Es wäre fatal, wenn sie sich nun verselbständigen würden zur Selbstüberschätzung des Westens, der meint, ein schlechtes Gewissen wegen seiner Selbstverteidigung gegen Terroristen haben zu müssen. Der einstigen Vernachlässigung Afghanistans darf nicht die Wahnvorstellung folgen, den Grundkonflikt des Landes mit westlichem Engagement lösen zu können, den Konflikt zwischen archaischem Beharrungswillen und Modernisierungsimpuls. Er ist tief in der Mentalität und politischen Kultur verankert.

Seit langem stehen sich Traditionelle und Modernisierer gegenüber, Stamm und Staat, Warlord und Präsident, Bauer und Beamter. In den siebziger Jahren verfeindeten sich zwei Modernisierungsströme: der eine folgte dem Westen, der andere der Sowjetunion. Als letzterer die Macht an sich riss, von Moskau unterstützt, verbündete sich der unterlegene mit den Verteidigern der Tradition. Unterstützt von den USA vermochten sie, die Sowjetunion unter schweren Opfern zu vertreiben. Bei den Siegern, allein gelassen von ihren Förderern, setzten sich die Phantasten archaischer Gottesstaatlichkeit durch, die Taliban. Und ein Teil der antisowjetischen Kämpfer, arbeits- und mittellos gewordene Landsknechte, zog mordend durch die arabische Welt. Afghanische Araber hießen sie. Als sie zehntausende Menschen in Algerien bestialisch abschlachteten, schaute der Westen weg. Als einige auf muslimischer Seite in den Balkankriegen auftauchten, wollte das auch niemand wissen. Als sie sich zur Al Qaida formierten, kam der Bumerang zurück, der einst gegen Moskau geschleudert wurde.

Ende 2006 traf ich zufällig einen ehemaligen Kollegen wieder, einst mein Pendant im pakistanischen Außenministerium. „Lasst Afghanistan in Ruhe“, meinte er, „zieht Euch zurück. Nicht abrupt, sondern berechenbar. Greift nur ein, wenn sie nach außen aggressiv werden sollten. Das Land will sich selbst überlassen bleiben. Endlich. Ohne Großmächte, die es gängeln, egal ob gut- oder böswillig. Sie werden Fehler machen. Es wird zum Bürgerkrieg kommen. Denn sie tun nichts lieber als kämpfen. Aber am Ende haben sie eine neue Ordnung, eine, die ihnen angemessen ist, eine, die Ihr nicht schaffen könnt.“

„Selbstbegrenzung“ hatte einst ein Schlagwort in grünen Programmen geheißen. Gemünzt war es auf den Geltungsanspruch Deutschlands in der internationalen Politik. Bezogen hatte es sich nicht nur, aber besonders auf militärische Fähigkeiten. Ein Engagement Deutschlands als „Zivilmacht“ dagegen sollte grenzenlos sein. So richtig und nötig es war, die zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention als erstrangige Säule einer modernen Sicherheitspolitik zu errichten und gegen sicherheitspolitische Traditionalisten durchzusetzen – hier habe ich selbst meine Hauptaufgabe gesehen - , so nötig scheint es mir heute, die Grenzen auch dieses Ansatzes zu diskutieren. Militärisches Eingreifen kann nur punktuell und eingewoben in politische Konzepte akzeptiert werden und Effizienz entfalten. Jetzt aber zeigt sich, dass auch zivile Strategien an Grenzen stoßen.

Vielleicht gibt es Grenzen des Interventionismus überhaupt, gleichgültig ob militärisch oder zivil. Vielleicht muss sich der Westen eingestehen, dass er auch nach dem Ende des Kalten Krieges und der Globalisierung von Dollar, Euro und Yen nicht allmächtig ist. Mancher mag damit hadern. Supermachtinteressen wären dann ebenso relativ wie selbst aufopferndes humanitäres Engagement. Nicht nur große Reiche können unter Überdehnung leiden, sondern auch große Herzen. Aber vielleicht bringt dieser Umstand auch Entlastung: der Westen ist nicht für alles zuständig und verantwortlich. Selbst wenn er an der Universalisierung seiner Werte arbeitet, darf er auch noch Interes-

sen formulieren. Und die könnten vielleicht hin und wieder darin bestehen zu sagen: „Einen zweiten Ground Zero werden wir verhindern. Ansonsten macht Euren Kram alleine.“

¹ Huntington, Samuel P. (1996): Kampf der Kulturen. The Clash of Zivilizations. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München/Wien

² Ipsen, Knut (2004): Völkerrecht. 5.Aufl., München, S.1087

³ Z.B. Le Duc Tho, Menachem Begin, Nelson Mandela, Yassir Arafat

⁴ Follet, Ken (1986), Die Löwen. Roman. Bergisch-Gladbach (Lübbe). Kaye, M.M. (1978), Palast der Winde. Roman (Kapitel: 8.Buch), Ffm (Krüger)